



Kostenfalle Pflege

Ohne private Vorsorge droht Eltern und Kindern Vermögensverlust

Über zwei Millionen Menschen in Deutschland sind bereits heute pflegebedürftig. Die Basisleistungen aus der Pflegepflichtversicherung decken die Kosten nicht. Der „Generationenvertrag“ funktioniert nicht mehr. Junge Familien und die ältere Generation müssen Versorgungslücken erkennen und schließen.

Vor wenigen Jahren schien die Welt für den Göttinger Statik-Ingenieur Nils Beurer noch in Ordnung. Sein Job schien ihm sicher, ein sorgenfreies Leben garantiert. Der heute 36-jährige lebt mit seiner Frau (33) und zwei Kindern (5 und 7) im zwar

eigenen, aber auf 30 Jahre finanzierten, Haus am Stadtrand. Doch dann kam die Krankheit seines Vaters. Er litt jahrelang unter schwerer Osteoporose und war zudem herzkrank. „Mein Vater starb mit 74 und brauchte in den letzten drei

Jahren stationäre Pflege der höchsten Kategorie, also Stufe drei“, berichtet der junge Akademiker. Die Kosten dafür haben das kleine Vermögen seiner Eltern fast vollständig aufgefrisst. „Aus der gesetzlichen Pflegeversicherung ka-

men monatlich genau 1432 Euro“, rechnet Nils Beurer vor. „Tatsächlich gekostet hat die Pflege meines Vaters aber jeden Monat mehr als 3500 Euro. Zuletzt mußten meine Eltern 25000 Euro pro Jahr selbst finanzieren“, bilanziert er.

Die Konsequenzen waren dramatisch. Nils Beurers Eltern mußten ihre Eigentumswohnung verkaufen. Seine Mutter lebt jetzt bei ihm. „Selbstverständlich haben wir meine Mutter gern aufgenommen, auch wenn es viele Einschränkungen bedeutet“, so der 36-jährige.

In der Gruppe der über 80-jährigen ist es sogar fast jeder Dritte.

Zahl der Patienten steigt dramatisch

Zahlreiche Prognosen sagen für die kommenden Jahrzehnte einen deutlichen Anstieg voraus. So erwartet das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), daß die Zahl der Pflegefälle in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2010 auf rund 2,4 Millionen steigen wird. Für das Jahr 2020 werden bereits 2,9 Millionen und für 2050 etwa 4,7 Millionen Pflegebedürftige vorhergesagt. Dabei sind unter den älter werdenden Menschen immer mehr Alleinstehende, die heute als Singles leben und daher später nicht mit Unterstützung durch unmittelbare Angehörige rechnen können. „Wir haben uns deshalb entschieden, etwas zu unternehmen und die gesetzliche Absicherung zu ergänzen, damit das persönliche Pflegerisiko uns später nicht arm macht oder unsere Kinder belastet“, bewertet der Ingenieur diese Fakten.

Bestärkt wird er durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Juni dieses Jahres. Darin wird die Pflicht von Kindern, Unterhalt für mittellose und pflegebedürftige Eltern zu zahlen, zwar begrenzt, aber nicht aufgehoben. Besonders Alleinstehende müssen damit rechnen, daß Sozialäm-

ter von ihnen Geld für die Pflege der Eltern verlangen werden. Ergänzungsversicherungen sind ein unkomplizierter und zugleich ökonomisch sinnvoller Weg, dieses Risiko zu entschärfen. Sie decken auch die Kosten für ambulante Pflege.

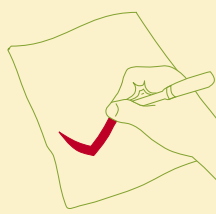
Im Wettbewerb der Systeme haben private Krankenversicherungen einen wesentlichen zukunftssicheren Vorteil: Sie sind kapitalgedeckt, sie speisen sich also aus Geld, das bereits verdient wurde. Der Effekt ist ähnlich einem Sparkonto, das dauerhaft Zinsen bringt. Die Stärke der privaten Krankenversicherungen zeigt sich vor allem beim Blick auf die sogenannten Altersrückstellungen. Insgesamt hat die Branche in Deutschland mehr als 95 Milliarden Euro zurückgestellt. An der Spitze steht dabei die DKV mit rund 15,3 Milliarden Euro.

Konsequente Vorsorge sichert Pflege-Qualität

Die gesetzlichen Systeme dagegen haben keine Altersrückstellungen. Sie sind umlagefinanziert, also auf Beitragszahler angewiesen. Die aber werden immer weniger. Als Konsequenz wird die Versorgungsqualität im Pflegefall künftig immer stärker davon abhängen, wie gut jeder Einzelne privat vorgesorgt hat. Die DKV bietet neben Pflegeergänzungsversicherungen auch einen Pflegeservice und eigene Pflegedienste unter dem Namen miCura an (www.micura.de). Eines ist Nils Beurer klar geworden. Er wird im Alter nicht auf die Unterstützung seiner Kinder rechnen können. Die werden genug mit sich selbst zu tun haben, denn die demographische Bombe tickt weiter. Deshalb hat sich Nils Beurer auf die Suche nach einem guten Angebot für eine Pflegeversicherung für sich und seine Frau gemacht. Fündig geworden ist er bei der DKV. Der „Generationenvertrag“ des 19. Jahrhunderts ist längst dabei, Sozialgeschichte zu werden.

An alles gedacht?

Checkliste für die Auswahl eines Pflegedienstes



Bei ambulanten Pflegediensten gibt es hinsichtlich Qualität und Service große Unterschiede. Bevor Sie sich für einen Dienst entscheiden, sollten Sie vorher unbedingt folgende Fragen klären:

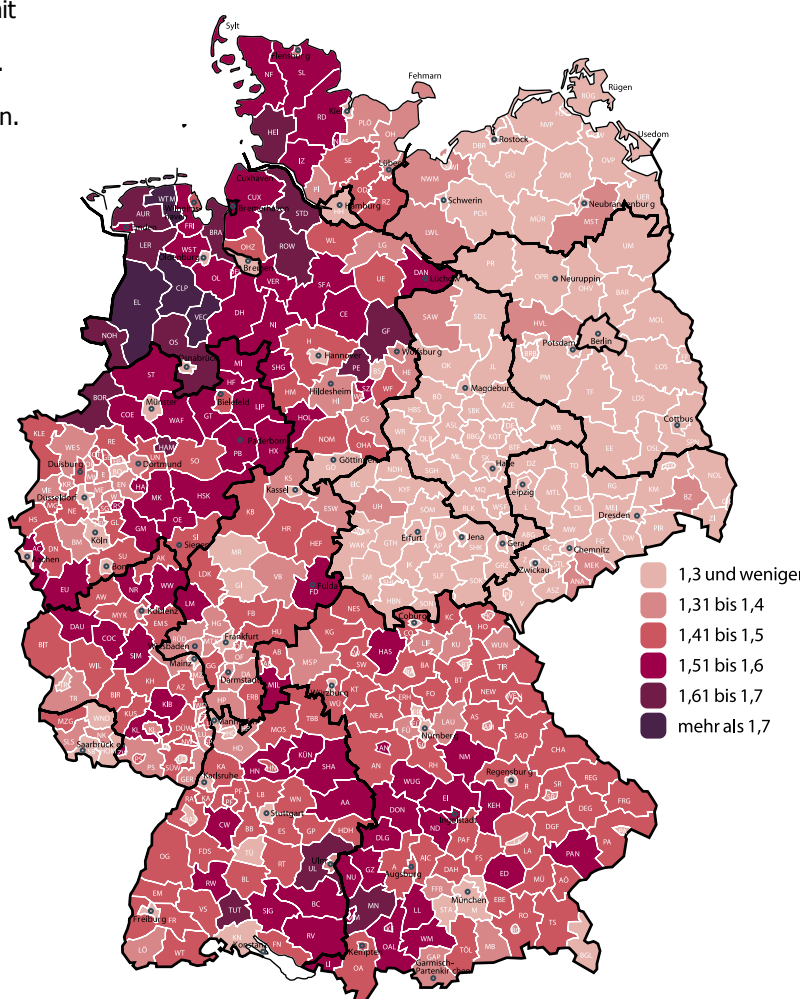
- ✓ Verfügt der Pflegedienst über genügend qualifiziertes Fachpersonal oder sind es überwiegend Aushilfskräfte ohne hinreichende Ausbildung?
- ✓ Werden die vereinbarten Aufgaben zu jeder Tages- und Nachtzeit erfüllt?
- ✓ Ist der Pflegedienst „Rund um die Uhr“ erreichbar, also auch im Notfall für Sie da?
- ✓ Wird ein Kosten- und Pflegeplan aufgestellt?
- ✓ Werden die Kosten für die Pflege genau aufgeschlüsselt?
- ✓ Wird Einsicht in die Pflegeakten gewährt?
- ✓ Wird vor der Pflegevereinbarung ein erster Hausbesuch gemacht?
- ✓ Verfügt der Pflegedienst über ein Gütesiegel einer anerkannten Organisation?

mehr Informationen unter: www.dkv-gesundheit.de

Umlagefinanzierung funktioniert nicht mehr

Nach dem Minusrekord im Jahr 1994 mit nur 1,24 Geburten je Frau ist die Kinderzahl der Deutschen leicht gestiegen. Doch auch 1,37 Kinder sind zu wenig, um die Bevölkerungszahl zu stabilisieren. Auffällig ist dabei der Unterschied zwischen Ost und West, zwischen Stadt und Land. Während Frauen in den neuen Bundesländern nur 1,20 Kinder bekamen, lag die statistische Kinderzahl im Westen bei 1,41. In Großstädten liegen Geburtenzahlen generell niedriger, während in ländlichen Gebieten die Kinderzahlen oft über dem Durchschnitt liegen. Insgesamt bleibt in Deutschland heute etwa jede dritte Frau kinderlos. Bei Akademikerinnen sind es sogar 40 Prozent.

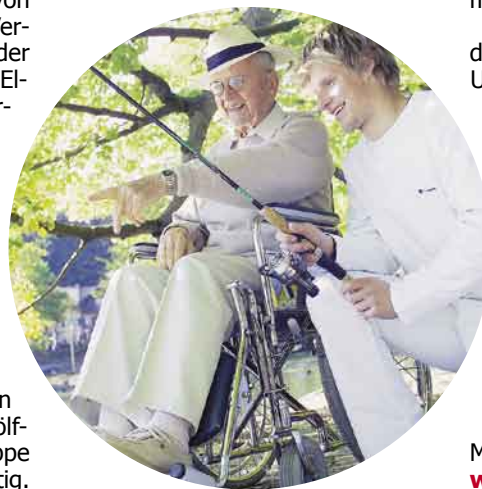
Vor diesem Hintergrund sind umlagefinanzierte soziale Sicherungssysteme fragwürdig geworden: Es wären statistisch mindestens 2,21 Kinder je Frau notwendig, um den „Generationenvertrag“ zu erfüllen und die Leistungen des derzeitigen Sozialsystems zu finanzieren. Damit ist absehbar nicht zu rechnen.



Heimkosten können Existenzen bedrohen

Beurer sieht zugleich, daß die Lasten weiter wachsen. Seine Familie ist dabei kein Einzelfall. Sozialwissenschaftler rechnen ihn zur sogenannten „Sandwich-Generation“. Gemeint sind damit jene Deutschen, die heute etwa in der Mitte ihres Berufslebens stehen. Die Altersgruppe der 30- bis 45-jährigen Männer und Frauen wird von der mangelnden Zukunftsfähigkeit der deutschen Sozialsysteme doppelt getroffen. Bei genauerer Betrachtung erscheint das Wort „Sandwich-Generation“ sogar unangemessen schönfärbisch. Eine sachliche Analyse führt schnell zu dem Ergebnis, daß eine Metapher wie „Schraubstock-Generation“ die dramatische Entwicklung treffender kennzeichnen würde. Die Leistungsträger unserer heutigen Gesellschaft werden nicht nur von zwei Seiten eingeklemmt – der Verantwortung für die eigenen Kinder und der möglichen Pflege der Eltern – sondern mit großer Wahrscheinlichkeit erdrückt, wenn sie dem Risiko nichts entsprechendes entgegenstellen.

Nils Beurer ist es von Berufs wegen gewohnt, solche Risiken sachlich zu bewerten, und entsprechend zu handeln. Er kennt die Zahlen, die hinter dem „demographischen Faktor“ stehen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gilt in Deutschland bereits jeder zwölfte Mensch aus der Altersgruppe ab 60 Jahren als pflegebedürftig.



„Mehr Mut zum Markt!“

Der Historiker Prof. Dr. Paul Nolte (42) lehrt an der Freien Universität in Berlin. Er warnt schon seit langem vor den negativen Folgen von Bürgerversicherung und Kollektivierung. Auszüge aus der Rede anlässlich der Eröffnung des Erweiterungsbaus der DKV-Hauptverwaltung am 17.9.2005 in Köln

Wir haben uns in den letzten Jahrzehnten in Deutschland angewöhnt, möglichst ohne Risiken leben zu wollen. Wo es Risiken gab, wurden sie persönlich ausgeklammert oder politisch für ungütig erklärt. Und wo sie dennoch übrig geblieben, brauchte der Einzelne keine Sorge zu haben – die Folgekosten für Risiken jedweder Art trug der Staat, oder, wie man so schön sagt, die „Solidargemeinschaft“. Man kann es auch so sagen: Die Kosten für die Risiken tragen immer die anderen – man muß nur aufpassen, daß man sich selber vorher die Chancen gesichert hat.

Bewahrer kämpfen gegen Modernisierer

Was wir im Moment in der politischen Diskussion erleben, ist weniger ein Kampf von „links gegen rechts“, sondern eher ein Konflikt zweier Grundeinstellungen und Lebenshaltungen, ein Konflikt, der quer durch alle Parteien hindurchgeht. Auf der einen Seite stehen die Traditionalisten – ich möchte sie die kulturellen Pessimisten nennen. Auf der Gegenseite stehen die Veränderer, die Reformer, die Modernisierer – ich nenne sie die kulturellen Optimisten.

Anstatt von einer vermeintlich so glorreichen Vergangenheit zu träumen und darüber die Zukunft zu verschlafen, sollten wir diese Zukunft lieber heute anfangen zu

gestalten. Es gibt keinen Grund zur billigen Staatsverachtung – in vieler Hinsicht brauchen wir auch in Zukunft, und angesichts neuer Risiken erst recht, einen starken und wachsam, einen effektiven und auch einen sozial engagierten Staat. Aber das kann kein Grund sein, darauf zu verzichten, als Bürger selber Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung übernehmen, das heißt ja nicht zuletzt auch: danach zu fragen, was mein eigenes Verhalten in der Gesellschaft eigentlich bedeutet, welche Kosten ich zum Beispiel durch ein riskantes oder auch nur unfaires Verhalten jener „Solidargemeinschaft“ aufbürde, die auch nur aus den anderen Beitrags- und Steuerzahlern besteht.

Deutschland leidet ja gerade nicht an zuviel Markt, es leidet nicht an einem bedingungslosen Vorrang der Ökonomie. Von der viel beschworenen Ökonomisierung aller Lebensbereiche kann in unserem Lande gar keine Rede sein. Wir leiden eher unter schwach entwickelten, eingehegten, regulierten Märkten in vielen Bereichen von der Arbeit bis zur Bildung, von der Gesundheit bis zur Alterssicherung, wir leiden unter zu wenig Wettbewerb. Es ist an der Zeit, daß wir ein bißchen mehr Zutrauen zum Markt entwickeln.

Die Krankenversicherung und Gesundheitspolitik als eine zentrale Säule unserer privaten Lebensführung und unserer kollektiven sozialen Sicherung steht vor Herausforderungen, die sich im Spannungsfeld von Solidarität und Eigeninteresse einerseits, von Wettbewerb und staatlicher Vollre-

gulierung andererseits bewegen. Und dabei spielen Versicherungsunternehmen eine entscheidende Rolle: als Bindeglied nämlich zwischen Eigeninteresse und Solidarität und als Bindeglied zwischen den Vorzügen des Marktes und der Notwendigkeit einer sozialen Verantwortung, auf die wir nicht verzichten können.

Regulierung mindert nicht das Risiko

Weithin besteht inzwischen Einigkeit: Der Staat kann die Lasten der sozialen Absicherung nicht mehr wie früher tragen, und er bietet in vielen Bereichen auch nicht unbedingt die effizienteste Lösung für private ebenso wie für öffentliche Aufgaben an. Das gilt in einem ganz weiten Spektrum früher ganz selbstverständlich staatlicher Handlungsfelder: von Verkehrssystemen und Infrastrukturen über Freizeit-einrichtungen bis zu Erziehung, Bildung und Wissenschaft – und nicht zuletzt auch für soziale Sicherung und soziale Vorsorge. Deshalb sind die Bürger gefordert, mehr eigene Verantwortung für die eigenen Lebenschancen und Lebensrisiken zu tragen.

Eigenverantwortung des Bürgers gegenüber staatlicher Allzuständigkeit, das bedeutet nicht notwendig eine vollständige Privatisierung und Individualisierung bisher öffentlicher Aufgaben. Dazwischen tritt der Markt als eine Instanz der Vermittlung privater und gesell-

schaftlicher Bedürfnisse. Am Markt konkurrieren verschiedene Anbieter um die beste und kostengünstigste Lösung. Und die Bürger können sich entscheiden, wem sie ihre Bedürfnisse – und damit auch: ihr Geld – anvertrauen. Auch das ist ja mit wachsender Eigenverantwortung gemeint.

In vielen Bereichen der alltäglichen Lebensführung sind uns diese Mechanismen lange vertraut und völlig unbezweifelnd. Keiner käme auf die Idee, die Lebensmittelversorgung staatlichen Ausgabestellen zu überlassen, in denen die Bürger sich ihren täglichen Bedarf gegen Gutscheine oder Nachweis der Bedürftigkeit abholen müßten. Man könnte dann auf die Preisauszeichnung verzichten, aber es gäbe auch nur zwei oder drei Sorten Brot zur Auswahl. In vielen anderen Bereichen, die früher staatlich reguliert waren, ist uns der Wandel zu mehr Markt, und zur Entscheidungsautonomie des Bürgers, in den letzten Jahren schnell selbstverständlich geworden. Wer könnte sich noch im Ernst vorstellen, daß es ein einziges staatliches Unternehmen gibt, das Telekommunikationsdienste im Mobilfunk anbietet?

Solidarität gibt es auch im Wettbewerb

In wiederum anderen Bereichen tun wir uns jedoch sehr schwer mit diesem Wandel zu mehr Markt und bürgerlicher Selbstverantwortung. Dazu gehört vor allem die soziale

Sicherung im Alter und gegen Risiken der Krankheit und der Erwerbsunfähigkeit.

Eine staatliche Einheitsversicherung, wie sie vor allem unter dem Begriff der „Bürgerversicherung“ propagiert wird, kann mit dem beschriebenen Wandel von Gesundheit und Krankheit nicht umgehen. Sie geht von einer Fiktion der Gleichheit aus, die schon lange nicht mehr gegeben ist, und wird genau dadurch ungerecht. Sie kann verantwortungsbewußtes Verhalten des Einzelnen nicht berücksichtigen, nicht prämiieren – und schadet dadurch möglicherweise sogar der Gesundheit einzelner Bürger und ganzer Bevölkerungsgruppen.

Nur differenzierte Anbieter von Versicherungsleistungen am Markt sind in der Lage, Risiken zu kalkulieren und damit gegenüber den Klienten auch ein höheres Maß an Gerechtigkeit anzubieten. So gesehen, sind Versicherungen – wenn es sich denn um echte Versicherungen handelt – geradezu ingenieure Erfindungen.

Denn es bleibt ja dabei: Wenn ich krank werde, habe ich einen Anspruch auf eine Leistung, die ich alleine möglicherweise nicht schultern könnte, und die anderen treten damit für mich ein. Wenn ein Schicksalsschlag trifft, der viel Geld kostet, der erhält diese Leistung aus der Gemeinschaft der Versicherten. Aber private Versicherungen wirken zugleich der totalen Kollektivierung entgegen. Sie berücksichtigen den Einzelfall, sie treten dem einzelnen Bürger und seinem Verhalten als Vertragspartner gegenüber. Sie fangen das Risiko auf, aber sie leugnen oder verstecken es nicht, und er-



muntern damit gleichzeitig zu verantwortlichem Handeln. Sie bieten Solidarität, müssen sich aber zugleich am Markt und damit im Wettbewerb behaupten. Sie müssen Rechenschaft ablegen – und machen deshalb transparent, auf den ersten Blick erkennbar, was in den kollektivierten, quasi-staatlichen Versicherungssystemen undurchsichtig bleibt und wohl auch in einer „Bürgerversicherung“ undurchsichtig bliebe: vor allem die Höhe der Arztrechnung, über die der Patient nie etwas erfährt.

Raum für die Chancengerechtigkeit

Hier und heute geht es um die Zukunft einer Gesellschaft, in der

die kulturellen Pessimisten am Ende nicht den Sieg davontragen sollen. Es geht um Freiräume für eine neue Dynamik, für neue Chancen dieses Landes. Wir brauchen den Mut zum Markt in Räumen der Verantwortung. Erfolgreiche Gesellschaften orientieren sich nicht an den Irrlehren einer leistungsfeindlichen Umverteilungsgerechtigkeit, sondern an der Idee der Chancengerechtigkeit. Meine Hoffnung und mein Wunsch ist, daß wir zukünftig wieder in einer Gesellschaft leben, in der mehr Menschen die Möglichkeit haben, eigenverantwortlich zu leben. Die DKV zeigt mit ihren Angeboten schon jetzt, daß persönliche Eigenverantwortung möglich ist, ohne daß der einzelne dadurch überfordert wird.

Mehr Informationen unter: www.dkv-gesundheit.de

Anzeige

Coupon ausschneiden und an die DKV – Das Unternehmen Gesundheit® schicken. Post: DKV AG, 50594 Köln. Fax: 0221/40 50 00. Oder telefonieren: 0800/88 44 114. Internet: www.dkv.de

Ja, ich möchte mehr Informationen zur privaten Pflege-Vorsorge der DKV:

- PFLEGEKOSTEN-VERSICHERUNG
- PFLEGETAGEGELD-VERSICHERUNG

Vorname, Name pflichtversichert
Straße, Nr. freiwillig krankenversichert
PLZ, Ort
Telefon privat geschäftlich
Geburtsjahr Familienstand Kinder Beruf



Leben als Pflegefall könnte teurer werden, als Sie denken. Die private Pflege-Vorsorge der DKV.

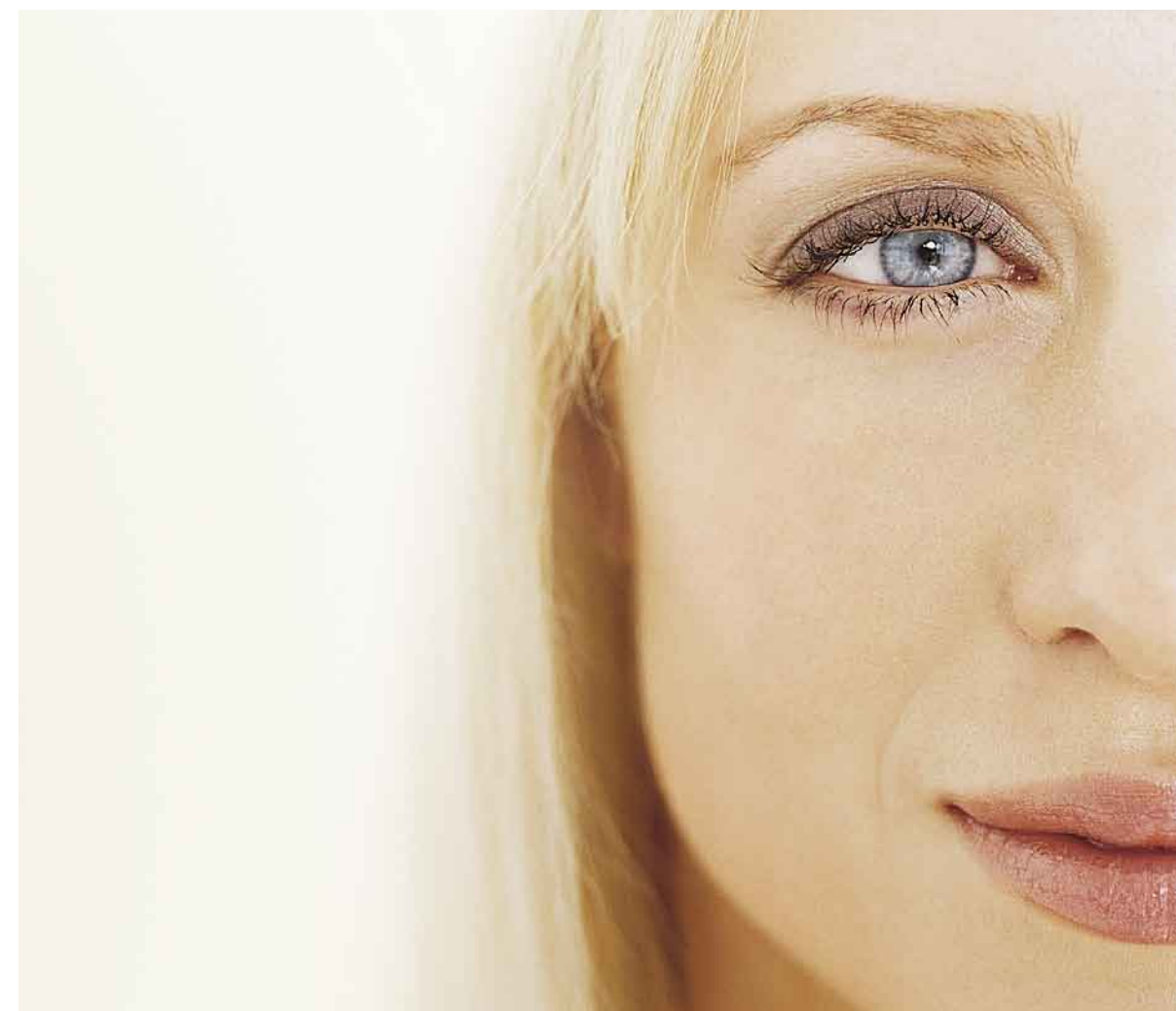
Die wenigsten beschäftigen sich damit, aber es ist sichtlich Realität: Jeder von uns kann morgen selbst zum Pflegefall werden. Und dann muss unter Umständen nicht nur die Familie zur Seite stehen, sondern es müssen auch finanzielle Reserven verfügbar sein. Denn die Basisleistung Ihrer gesetzlichen Pflegepflichtversicherung deckt dringend notwendige Aufwendungen bei weitem nicht. Mit den Pflegeergänzungsprodukten der DKV sind Sie für den Ernstfall besser gewappnet – und können sich umso günstigere Konditionen sichern, je früher Sie einsteigen. Informieren Sie sich unverbindlich, es kostet Sie jetzt nur einen Klick zu www.dkv.de



www.dkv.de

Ich vertrau der DKV

Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.



Auf einen Blick

Die DKV im Internet:

Best Care
Der schnellste Weg zum Top-Mediziner
www.dkv.de

Ihre Gesundheit
Was Sie dafür tun können
www.dkv.de

Ihr Versicherungsschutz
Alle Tarife im Überblick
www.dkv.de

miCura-Pflegedienst
Der Mensch im Mittelpunkt
www.micura.de

Gesunde Ernährung
Tips und Ideen rund um's Essen
www.dkv.de

DKV-Beitragsrechner
Kosten und Nutzen in Euro und Cent
www.dkv.de

GLOBALITY
Schutz und Service grenzenlos
www.globality.dkv.com

goDentis
Zahngesundheit mit System
www.godentis.de

Pflege
viele wertvolle Informationen
www.dkv.de